Erscheint wöchentlich 3 mal | Fernsprecher Amt Ohle 7645 | Vierundzwanzigster Jahrgang

Brockauer Zeitung

Zeitung für den Landkreis Breslau

Amtliches Publikations-Organ für die Gemeinde und den Amtsbezirk Brockau, sowie die Gemeinden Groß- und Klein-Tschansch

Druck und Verlag von Ernst Dodeck, Brockau. Expedition: Bahnhofstraße 12. — Postscheck-Konto Breslau 10795. — Inserate finden die beste und weiteste Verbreitung.

Nr. 16 | Bezugspreis vom 2. — 8. Februar 35 Goldpfennige. Monatlich 1,25 Goldmark, bei der Post 1,80 Goldmark. 7 gesp. Millimeterzeile 6 Goldpfennig, Auswärts 8 Goldpfennig. Reklamezeile 25 Goldpfennig. Familienanzeigen 30 Goldpfennig. | Brockau. Dienstag, den 5. Februar | Verantwortlich für die Redaktion Ernst Dodeck, Brockau, Bahnhofstraße 12. Sprechstunde täglich von 9 bis 10 Uhr, außer Sonn- und Feiertags. Bei Streiks oder Betriebsstörung kann der Bezieher Ersatzansprüche nicht erheben. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. | 1924

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, den vollen Monat zu beziehen u. etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen. Bezugsänderungen werden nur bis 28. jedes Monats in unserer Expedition angenommen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die erste Sachverständigenkommission in Berlin beschäftigte sich mit dem Problem der deutschen Goldnotenbank.

* Die Untersuchung in der Affäre Thormann-Grandel ist abgeschlossen. Sie hat sich im wesentlichen auf den [illegible] Tatbestand der Anstiftung zum Morde gegen General v. Seeckt beschränkt.

* Der Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincaré steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Von verschiedenen Seiten wird eine bevorstehende Zusammenkunft Poincaré-Macdonald angekündigt.

* Die Anerkennung Rußlands durch Italien und der Abschluß eines russisch-italienischen Handelsvertrages soll in diesen Tagen erfolgen.

* Die Nachfolgerschaft Lenins wird wahrscheinlich ein Dreimännerkollegium antreten.

Britische Anerkennung Rußlands!

Der Anfang des Februar ist für die Geschichte des sechs Jahre alten russischen Sowjetstaates von tiefgreifender Wichtigkeit geworden. Die britische Regierung hat in Moskau mitteilen lassen, „daß sie die Vereinigung der sozialistischen Sowjetrepubliken als rechtmäßige Regierung der Gebietsteile des vormaligen Russischen Reiches anerkenne". Ferner erklärt sich die englische Regierung bereit, zwecks Schaffung normaler freundschaftlicher Beziehungen und eines ungestörten Handelsverkehrs endgültige praktische Abkommen mit der Sowjetregierung zu schließen. Allerdings ist diese Anerkennung völkerrechtlich dadurch erleichtert worden, daß die Sowjetregierung erklärt hat, sie stehe auf dem Standpunkt, daß mit der Anerkennung der Sowjetregierung automatisch alle zwischen beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossenen Verträge in Kraft bringen wird. Freilich hat sich die englische Regierung eines ausbedungen: der russische Kommunismus hat seiner Propaganda einer Weltrevolution Zügel anzulegen. Das ist wohl das Entscheidende, wie es das Entscheidende war damals, als England mit allen Mitteln versuchte, den russischen Kommunismus auszutilgen.

Eigentlich ist es erstaunlich, daß es erst vier Jahre her ist, als im englischen und französischen Auftrag immer neue Heere von Süden und von Norden her sich gegen die Sowjetregierung in Marsch setzten; und weniger als vier Jahre sind vergangen, als England in Genua die Vertreter dieser Sowjetregierung wie Aussätzige behandelte und zu den gemeinsamen Beratungen der Vertreter der europäischen Staaten nicht zuließ. Welch eine gewaltige Entrüstung markierte Lloyd George auf der Konferenz von Genua, als es bekannt wurde, daß Deutschland mit der Sowjetrepublik einen Vertrag abgeschlossen hatte, der die Anerkennung der russischen Regierung enthielt. Es fehlte nicht viel, daß wegen dieses Vorgehens der deutschen Regierung eine Haupt- und Staatsaktion zur Wahrung der heiligsten Güter Europas veranstaltet worden wäre. Allerdings hat sich Lloyd George damals mit einer fulminanten Rede begnügt; er hat nicht geahnt, daß er drei Jahre später die Anerkennung der Sowjetregierung selbst begrüßen würde.

Nur Frankreich und Amerika tun offiziell so, als ob die Sowjetregierung nicht bestehe, wollen sie nicht anerkennen. Vielleicht wird aber auch bei ihnen sehr bald eine Änderung in ihrer Haltung eintreten, wenn auch ihnen gegenüber die Sowjetregierung die früheren Verträge anerkennt, die von der Zaren- und der Kerenski-Regierung mit jenen Staaten abgeschlossen worden sind. Darauf legt namentlich Amerika ein merkwürdig starkes Gewicht, obwohl es von einer solchen Anerkennung früherer Verträge verhältnismäßig wenig hat. Daß Frankreich darauf besteht, ist sehr verständlich, hat es doch die Zinsen für die russischen Staatsschulden seit 10 Jahren selbst bezahlen müssen, und diese Schulden stellen eine sehr stattliche Summe dar. Bisher hat Rußland allerdings oft und deutlich erklärt, daß es jene Schulden nicht anerkennen wolle; angesichts der Zerteilung des ehemaligen Russischen Reiches in eine Reihe von Staaten wird sich aber auch hierfür vielleicht ein Mittelweg finden. Bei einer grundsätzlichen Anerkennung jener Verträge wäre die Forderung der Sowjetregierung als verständlich anzusehen, daß beispielsweise Polen, die Ukraine, die baltischen Staaten Teile jener Schulden übernehmen müßten. Und schließlich liegt auch Frankreich wohl vor allem an der grundsätzlichen Anerkennung, weil es dann ein Druckmittel gegenüber der Sowjetregierung, ein Verhandlungsobjekt hat.

Der inneren Konsolidierung der Sowjetregierung läuft die äußere Befestigung parallel. Der Grund für England, sie anzuerkennen, liegt natürlich darin, daß man Rußland braucht. Der europäische Markt ist durch die politische Entwicklung der letzten zehn Jahre so außerordentlich eingeengt worden, daß man über irgendwelche Skrupel jetzt hinweggehen muß, um das Geschäft wieder in Gang zu bringen. Diese neueste Maßnahme, dieser erste Schritt der Arbeiterregierung dürfte deshalb in England nur bei einem ganz kleinen Kreise Extremer auf Tadel stoßen; man weiß in England zu genau, daß die revolutionären Sturm- und Drangjahre des russischen Kommunismus überstanden sind und daß man in Moskau auch nur mit Wasser kocht. Außerdem bedeutet die offizielle Beendigung der Weltrevolutionspropaganda auch die Beseitigung eines gewissen Drucks nach der indischen Seite herüber. Wie man sich einst mit der Zarenregierung geeinigt hat, so wird man auch über die asiatischen Verhältnisse mit Sowjetrußland zu einer Einigung kommen.

Weiterkampf um die Grundsteuer.

Einspruch des Preußischen Staatsrates.

Vor seiner Vertagung bis zum 19. Februar hatte der Preußische Landtag die Grundsteuervorlage in allen drei Lesungen nach den letzten Ausschußbeschlüssen angenommen.

Der Preußische Staatsrat, der bereits vor der Annahme im Landtag mit 33 gegen 30 Stimmen weitere Ermäßigungen der Grundsteuervorlage verlangt hatte, trat unmittelbar nach dem Landtagsbeschluß zusammen und erhob mit 35 gegen 5 Stimmen Einspruch gegen die Genehmigung des Gesetzes. Sozialdemokraten und Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Durch diesen Einspruch ist der Landtag genötigt, aufs neue über die Vorlage abzustimmen. Dabei muß sie, um Gesetzeskraft zu erlangen, eine Zweidrittelmajorität erhalten. Nun ist aber der Landtag bis zum 19. Februar in die Ferien gegangen. Es ist also eine schwierige Situation entstanden.

Die Ansicht des Staatsministeriums

geht nun dahin, die Abstimmung im Landtage habe die Unanfechtbarkeit der Regierungsverordnung vom 22. Oktober 1923 ergeben, für die der Einspruch des Staatsrates nicht in Betracht kommt. Diese ursprüngliche Notverordnung gehe weiter. Sie bringt höhere Belastungszahlen, als die jetzt angenommene Milderung. So bleibe es vorläufig also, durch den Einspruch des Staatsrates, bei den stärkeren Belastungen für die Steuerträger. Da es fraglich sei, ob das mildere Gesetz noch eine Zweidrittelmajorität im Landtage finden werde, werde es möglicherweise einfach bei den ersten härteren Sätzen bleiben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Zukunft von Reichsbahn und Reichspost.

Reichseisenbahnminister Oeser sprach vor einer Versammlung von Pressevertretern über die angekündigte Umwandlung der Reichseisenbahnen. Sie soll durch eine Notverordnung herbeigeführt werden, eine Privatisierung ist in keiner Weise beabsichtigt. Der Reichsverkehrsminister bleibt weiter Kabinettsmitglied, es ändert sich also an der Verantwortlichkeit gegenüber den parlamentarischen Instanzen nichts. Zunächst bleiben die Bahnangestellten Beamte mit allen Rechten und Pflichten. Im Gegensatz zur Notverordnung über die Reichsbahn, die einen Übergangszustand schafft, strebt das Reichspostfinanzgesetz eine endgültige Regelung der neuen Stellung der Reichspost an, wie Minister Dr. Hoefle darlegte. Auch bei der Post wird die neue Form der Verwaltung keinen Schritt zur Privatisierung bedeuten, sondern der Reichspostminister bleibt parlamentarisch voll verantwortlich. Die Beamten bleiben Reichsbeamte mit allen Rechten und Pflichten. Gedacht ist an die Schaffung von Postsparkassen, eines Zentralgeldinstituts der Deutschen Reichspost und an große Reklameausgaben.

Frühere Kupfermünzen als Rentengeld.

Allgemein ist die Klage, daß die Metallrentenpfennige in viel zu geringer Menge in den Verkehr gelangen. Vielerorts hat sich deshalb schon die Gewohnheit herausgebildet, die früheren Kupferpfennige als Rentengeld zu benutzen. Jetzt hat der Fünfzehnerausschuß seine Zustimmung zu einer in den nächsten Tagen herauskommenden Verordnung gegeben, nach der die alten Kupfermünzen auch amtlich den Rentenpfennigen gleichgestellt werden.

Neue Gesandte in Paris und Brüssel.

Der Reichspräsident hat den Geschäftsträger in Paris Dr. Leopold v. Hoesch zum Botschafter in Paris und den bisherigen Geschäftsträger in Belgrad Dr. v. Keller zum Gesandten in Brüssel ernannt.

Rücktritt Kahrs und Lossows?

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus München: **Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, steht der kürzlich schon angekündigte, dann aber wieder dementierte Rücktritt des Generalstaatskommissars v. Kahr, des Generals v. Lossow und des Polizeiobersten Seißer unmittelbar bevor.** Die außerordentliche Staatsgewalt dürfte vermutlich auf das Gesamtkabinett übergehen.

Deutsch-dänische Grenzfragen.

Vor der Vertagung des preußischen Landtages kam noch das Abkommen zwischen deutschen und dänischen Sozialdemokraten über die Grenzfragen infolge einer deutschnationalen Anfrage zur Sprache. Ministerpräsident Braun betonte, man wolle mit Dänemark in Freundschaft leben, aber man müsse verlangen, daß die verantwortlichen Stellen in Dänemark den unverantwortlichen chauvinistischen Kreisen in Dänemark das Handwerk legen. Durch verhetzenden Chauvinismus diesseits der Grenze stärkt man den jenseits der Grenze. Minister Severing fand das Abkommen als in gutem Sinne getroffen. Freilich hatten die Abschließenden nicht gerade ihre Befähigung zum Diplomaten erwiesen.

Erhöhung der Regiefahrpreise.

Die Eisenbahnfahrpreise der französisch-belgischen Regiebahnen sind vom 1. Februar ab erhöht worden, und zwar für die erste Klasse um 25 %, zweite Klasse 35 %, dritte Klasse 80 %, vierte Klasse 100 %. — Der Wagenmangel im Bezirk der Regie hat eine große Anzahl von Zechen zur Fördereinschränkung gezwungen.

Konflikt Thüringen-Reichswehrminister.

Nach einer halbamtlichen Erklärung aus Berlin hat die thüringische Regierung eine Beschwerde an den Reichswehrminister über ein angebliches Eingreifen des Generals Hasse in das Verfahren gegen den Minister Herrmann übergeben. Die offenbar aus dem Reichswehrministerium stammende Erklärung betont, die thüringische Regierung habe eine vorherige loyale Besprechung mit dem Befehlshaber nicht für nötig gehalten und auch mit der Veröffentlichung ihrer Beschwerde nicht bis zum Eintreffen in Berlin gewartet. Sachlich entbehre die Beschwerde jeder Berechtigung. Auf die weiteren ungeheuerlichen Ausfälle der thüringischen Regierung einzugehen, werde sich der Reichswehrminister versagen. Er habe vielmehr das ganze Material über die Angelegenheit Herrmann dem Reichsjustizminister übergeben.

Rheinland-Zwist innerhalb der Deutschen Volkspartei.

Der Syndikus der Kölner Handelskammer, Dr. Wiedemann, hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Veranlassung dazu hat der Beschluß der preußischen Landtagsfraktion dieser Partei gegeben, der schärfsten Widerstand dagegen erhebt, daß Privatpersonen in Verhandlungen mit den Franzosen und Belgiern über die Frage der Bildung eines autonomen Rheinstaates eintreten oder auch nur mit dem Gedanken einer solchen Bildung spielen. Dr. Wiedemann erklärt, er habe sich nie im Sinne der Bildung eines Rheinstaates betätigt und werde es auch nicht tun, er bestreite aber Parteibeschlüssen die Berechtigung zum Verbot privater Erörterungen über Rettungsmöglichkeiten zum Nutzen des Vaterlandes. Der Zwist gewinnt besondere Bedeutung dadurch, daß sich die Vorwürfe auch gegen den Handelskammerpräsidenten, Geheimrat Hagen, den bekannten Befürworter der rheinischen Notenbank, richteten. Die Kölner sprechen Herrn Hagen erneut ihr volles Vertrauen aus.

Großbritannien.

× **Englisch-amerikanische Freundschaftsbeteuerungen.** Auf einem zu Ehren des neuernannten amerikanischen Botschafters in London gegebenen Essen sagte Macdonald, die englisch-amerikanischen Beziehungen seien niemals besser gewesen als jetzt. England und Amerika seien bereit, Seite an Seite in reinmenschlicher Kameradschaft zu stehen. Der amerikanische Botschafter fand ähnliche Worte für die Beteuerung der gegenseitigen Freundschaft.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Nachricht, daß das Reichskabinett eine Kürzung des Urlaubs der Reichsbeamten für das Jahr 1924 beschlossen habe, wird vom Berl. Tageblatt als unrichtig bezeichnet.

Berlin. Im Alter von 92 Jahren ist am 31. Januar der ehemalige preußische Justizminister Carl v. Schönstedt in Charlottenburg gestorben.

München. In parlamentarischen Kreisen wird mit der Auflösung des Landtages in dieser Woche gerechnet.

London. Macdonald soll die Ernennung von Attachés bei den britischen Botschaften erwägen, deren besondere Aufgabe es sein werde, Fühlung mit der sozialen Bewegung in den betreffenden Ländern zu halten.

Lemberg. Die Lemberger Polizei hat unter den Mitgliedern der ukrainischen Sozialistischen Partei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Tokio. Vor der Auflösung des Parlaments soll es eine schwere Prügelei zwischen den Abgeordneten gegeben haben.

Der Separatismus erledigt.

Im Zusammenbrechen.

Die Rheinlandkommission beschloß, die Frage der Rechtmäßigkeit der Verfügungen der sogenannten „autonomen Pfalzregierung" zu vertagen. Tatsächlich sei

die Separatistenbewegung in der Pfalz, wie ihre Vorgänger in anderen Teilen des Rheinlandes, jetzt in dem Stadium des Zusammenbruches.

Für den britischen Generalkonsul Clive, der nach München zurückgekehrt ist, hat man angesichts der Drohungen von separatistischer Seite besondere Schutzmaßnahmen getroffen.

*

Rheinländer gegen Sonderbündler.

Der Sechzigerausschuß des Rheinlandes erläßt eine feierliche Erklärung, daß hinter den Sonderbündlern, die erst im französisch belgisch besetzten Gebiete, der Rheinpfalz, Hessen und Nassau gehaust haben und nun seit Wochen in der Pfalz die Bevölkerung dem fürchterlichsten Terror aussetzen, keine einzige politische Partei und kein anständiger deutscher Mann stehen. Würde man der Bevölkerung die gleichen Rechte geben, wie sie sich die Sonderbündler anmaßen dürfen, oder auch nur freie Hand lassen, so würde die Sonderbündlerherrschaft in noch nicht 24 Stunden von der Empörung des gesamten rheinischen Volkes hinweggefegt sein. Wir verlangen deshalb freie Hand gegen die Sonderbündler."

Der preußische Ministerpräsident Braun richtete an die Regierung in Wiesbaden ein Telegramm, in dem er der Bevölkerung zur beginnenden Befreiung von den separatistischen Schrecken den Dank der preußischen Regierung für ihren heldenhaften Widerstand ausspricht.

Sicherung der Erwerbslosenfürsorge.

Ausschußbeschlüsse im Reichswirtschaftsrat.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit der Erwerbslosenfürsorge. Aus einer großen Reihe von Anträgen, die angenommen wurden, ist zu entnehmen, daß der Ausschuß der Aufrechterhaltung der Erwerbslosenfürsorge im Prinzip zustimmt. Er erkennt die schwierige Lage des Reiches durchaus an, glaubt aber doch, daß die Masse der Erwerbslosen nicht ohne Unterstützung bleiben darf.

Um die zur Verfügung stehenden Mittel für die Erwerbslosenfürsorge zu erhöhen, empfiehlt der Sozialpolitische Ausschuß 1. die Heranziehung der Arbeitnehmer mit mehr als 1800 Goldmark Einkommen und deren Arbeitgeber zur Beitragzahlung. 2. Die Heranziehung der Arbeitgeber zur Fortzahlung der vollen Beiträge für die von diesen bei Betriebseinschränkungen entlassenen Arbeitnehmer. 3. Die Zahl der von einem Erwerbslosen verlangten Pflichtarbeitsstunden ohne weiteres Entgelt auf zwölf pro Woche zu beschränken. 4. Für weiter geleistete Arbeitsstunden die Gewährung eines Zuschlages von mindestens 30 % der auf eine Arbeitsstunde entfallenden Unterstützung zu gewähren. 5. Für besondere Arbeitsleistung, vor allem bei Beschäftigung von Arbeitnehmern in ihrem erlernten oder ausgeübten Beruf eine besondere Arbeitsprämie zu gewähren.

Bei den zur Arbeitsleistung heranzuziehenden Erwerbslosen ist auf Alter, Gesundheit und Eignung Rücksicht zu nehmen. Für ausreichende Arbeitskleidung und Schuhwerk ist besonders bei feuchter und kalter Witterung Sorge zu tragen. Bei Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge bei der Landwirtschaft ist eine besondere Gefahrenklasse zu bilden, da die Landwirtschaft tatsächlich keine Erwerbslosen hat, weil die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer auch zu Zeiten der Arbeitsstillegung weiter entlohnt werden.

Wirkungen der neuen Steuernotverordnung.

Entwertungsausgleich. — Keine Friedensmiete 1924.

In dem nunmehr vorliegenden Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist noch eine Anzahl Bestimmungen von Wichtigkeit, die im wesentlichen die Beschaffung der Mittel für die Länder, den Entwertungsausgleich und die Gestaltung der Mieten betreffen.

Die Länder erhalten am 1. Februar noch 50 % Zuschuß, am 1. März noch 25 % und am 1. April hört der Zuschuß auf. Zum Ausgleich ist den Ländern die gesamte materielle und finanzielle Regelung aller mit den bebauten Grundstücken zusammenhängenden Steuer- und Verwaltungsfragen wieder endgültig überlassen worden. Die Länder können daneben das Miet- und Wohnungsrecht selbständig regeln, mit der einen Einschränkung, daß sie bei Abweichungen vom Bürgerlichen Gesetzbuch der Zustimmung der Reichsregierung bedürfen. Sie können auch die Höhe der Mieten und die aus den Entwertungsgewinnen des hypothekarisch belasteten Hausbesitzes zu erwerbenden Steuern von sich aus festsetzen. Grundlage dieser neuen Mietzinssteuer ist die Aufwertung der Hypotheken sowie aller dringlichen Lasten und die Aufwertung langfristiger Kreditverträge in Höhe von 10 %.

In diesem Jahre noch keine Friedensmiete.

Die Mieten sollen allmählich, gemäß der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, der Friedensmiete angeglichen werden. Ihre Besteuerung muß so bemessen sein, daß dem Eigentümer von der Miete mindestens die Beträge verbleiben, die zur Verzinsung des angelegten Kapitals und zur Deckung der vorkriegsmäßigen Ausgaben erforderlich sind. Diese Beträge müssen am 1. April d. J. 30 % der Friedensmiete erreicht haben. Von der Besteuerung sind im allgemeinen die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen neuen Gebäudeteile auszuschließen. Für Eigenhäuser bestimmen die Länder, ob eine Befreiung oder Herabsetzung der Steuer einzutreten hat. Was als angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals betrachtet wird, wird den Ländern nicht vorgeschrieben, doch steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Mieten keinesfalls in diesem Jahre die Friedenshöhe erreichen können. Als Erträgnis der Mietzinssteuer sind in diesem Jahre im ganzen Reiche nur 600 Millionen veranschlagt. Vor dem Kriege haben die Wohnungsmieten im ganzen Reiche rund 5 Milliarden Mark betragen. Wenn die Mieten wieder die Friedenshöhe erreicht haben werden, könnte man auf ein Mietzinssteuererträgnis von 2½ Milliarden rechnen, von dem freilich ein starker Abzug für die abgetrennten Reichsteile zu machen wäre. Vorderhand aber kann noch nicht mit Friedensmieten gerechnet werden. Weiter müssen die starken Ausfälle berücksichtigt werden, die durch die zahlungsschwachen Mieter entstehen werden.

Aufwertung und Entwertung.

Für Forderungen, die bereits ohne Vorbehalt zurückgezahlt worden sind, kann eine Aufwertung nicht mehr gefordert werden, eine Anfechtung wegen Unkenntnis der Rechtslage gilt nicht. Für Privatschulden sieht die Steuernotverordnung grundsätzlich eine Aufwertung von 10 % vor. Für 1924 sollen überhaupt keine Zinsen, für 1925 1 %, für 1926 2 % usw. bezahlt werden, so daß erst 1929 der normale Zinsfuß von 5 % erreicht ist. Bei Pfandbriefen kam es darauf an, grundsätzlich eine Kategorie von Schuldnern von der Aufwertung auszuschließen, nämlich diejenigen, die die Pfandbriefe in spekulativer Absicht erworben haben. Darum wird die Aufwertung nur bei denjenigen Pfandbriefen zugestanden, die seit 1919 nicht ihre Besitzer gewechselt haben, oder die unter gesetzlichem Zwange etwa als mündelsichere Papiere erworben worden sind. Die Sparkassenguthaben sollen nicht aufgewertet werden. Der Gewinn, der den Sparkassen aus der Hypothekenaufwertung zufließt, soll durch die Länder zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist nach Auffassung der Regierung undenkbar. Daher soll für sie bis zur völligen Erfüllung des Versailler Vertrages ein Moratorium erklärt werden.

Vor einer Versammlung von Pressevertretern gab Reichsfinanzminister Dr. Luther Erklärungen über die Notwendigkeit der dritten Steuernotverordnung. Die Entscheidung des Reichsgerichts, die sich für eine Aufwertung von Hypotheken ausgesprochen hat, bringe eine auf die Dauer völlig unerträgliche Unsicherheit in das Wirtschaftsleben. Der Betrag von etwa 600 Millionen Goldmark, der zur Balancierung des Reichsetats einschließlich der Kosten des Versailler Vertrages (jedoch ohne Reparationszahlungen) fehle, müsse durch außerordentliche Steuermaßnahmen beschafft werden. Man habe aus diesen beiden Gründen Wert darauf gelegt, die Aufwertungsfrage noch innerhalb der kurzen Frist zu erledigen, für die das Ermächtigungsgesetz noch in Kraft ist.

Woodrow Wilson †.

Der Vorgänger Hardings in der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, der Mann, unter dessen Mitwirkung der Vertrag von Versailles zustande kam, Woodrow Wilson, ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

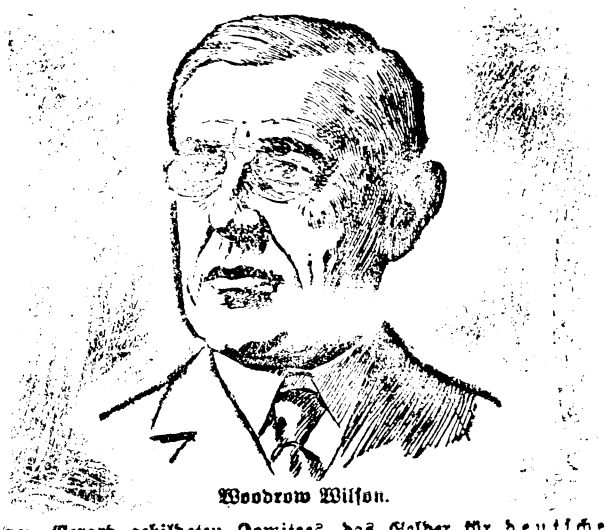
Wir hatten auf ihn gehofft, an ihn geglaubt wie an den Erlöser. Im Donner der Schlachten klang sein Name, klang das, was er der Welt verhieß, wie eine Heilsbotschaft. Seine 14 Punkte waren ein Programm, waren eine Verheißung, und wir ließen uns locken und verlocken durch das, was Wilson versprochen hatte. Nichts von dem, was er versprochen hat, konnte er halten; Schritt für Schritt ließ er sich durch die stärkeren Geister, durch Clemenceau und Lloyd George von dem Wege abdrängen, den er die Welt führen wollte. Er konnte der Welt einen wirklichen Frieden geben, aber er war für seine Rolle zu schwach. Was 1905 seinem Vorgänger Roosevelt mit Rußland und Japan gelungen war, das mißlang Wilson. Sein eigener Sekretär Baker hat in einem mehrbändigen Werk geschildert, wie klein, wie widerstandslos sich Wilson in Versailles zeigte.

Er kündete die Heilsbotschaft der Demokratie, — aber gerade die Demokratien des Westens haben in Versailles alles getan, um in Deutschland den demokratischen Gedanken niederzudrücken. Wir Deutsche können dem Mann nicht nachtrauern, der nichts für uns, alles für die anderen tat. Und der gelächelt hat damals 1919 am 28. Juni in der Spiegelgalerie von Versailles, als er seinen Namen unter das Schanddokument des sogenannten Friedens gesetzt hat. Sein Volk hat diese Unterschrift nicht anerkannt; es wandte sich von ihm ab und hat nicht gebilligt, daß er nicht zu seinen Worten zu stehen die Kraft hatte.

Man soll den Toten nichts Böses nachsagen und vielleicht hat auch Wilson nichts Böses gewollt, aber dieses Lächeln werden wir Deutsche nicht vergessen. Es zeigte den Mann in seiner Schwäche, seiner Ahnungslosigkeit, dieses Lächeln war ein Urteil über ihn und sein Tun.

Wilsons letzter Wunsch.

Newyork, 3. Februar. Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin Gerard teilt mit, daß er einen Brief des Sekretärs des mit dem Tode ringenden früheren Präsidenten Wilson erhalten habe, der besagt, daß Wilson Mitglied des



Woodrow Wilson.

von Gerard gebildeten Komitees, das Gelder für deutsche Schriftsteller, Ärzte, Künstler und andere Intellektuellen aufbringen will, zu werden wünsche, um Haß zum Verschwinden zu bringen.

Aus Brockau und Umgegend.

Brockau, den 5. Februar 1923.

Verwaltungsbericht für das Etatsjahr 1922/23.

Von Amts- und Gemeindevorsteher Dr. Pause.

4. Gemeindebetriebe.

c) Müll- und Kehrichtabfuhr.

Die Müllbeseitigung und Straßenreinigung ist durch Ortsstatut und Polizeiverordnung geregelt. Die Müllabfuhrgebühren brachten eine Einnahme von 347 139,60 M. Die Abfuhr des Mülls war einem Unternehmer übertragen, dem für die Müllabfuhr 324 000 M. zu zahlen waren. Wegen der Schwierigkeit der Mittelbeschaffung und der Unmöglichkeit, angesichts der fortschreitenden Geldentwertung, stellte die Gemeinde die öffentliche Abfuhr ein, die vom 1. 1. 1923 ab vom Hausbesitzerverein und dem Bau und Sparverein fortgeführt wurde.

d) Das Gemeindebad.

Das Gemeindebad war wöchentlich nur an 3 Wochentagen geöffnet. Die Preise der Bäder betrugen:

Wannenbad für Erwachsene	6,— Mk.
„ „ Kinder unter 10 Jahren	3.— Mk.
„ „ 2 Kinder, die eine Wanne benutzen	6,— Mk.
Brausebad	2,50 Mk.

Es wurden im Berichtsjahre verabfolgt:

2269 Wannenbäder
154 „ für Kinder
283 Brausebäder.

Hieraus ergab sich eine Einnahme von 11943 Mk. An Ausgaben entstanden 5 257,58 Mk., wobei die Kosten für

Der Väter Sünde.

Roman von E. Grabowski.

26) [Nachdruck verboten.]

Ja, durch alle Freude hindurch ging schon der Ruf nach Vernichtung. Er kam mit jenem herben Duft, der als Vorläufer der Verwesung von Baum und Strauch, von Blumen und Gras ausströmt.

Lise Marie sah vergeblich nach den beiden Männern aus, sie hatten anscheinend den Weg zum See eingeschlagen. Sie rief die Kinder, die immer früh zu Bett gebracht wurden, da die Schule für sie schon um sieben Uhr begann. Mit kleinen Hausarbeiten verging der Rest des Abends. Als sie endlich allein in ihrem Stübchen war, dachte sie wie immer an Friedrich Selle. Ihre Sehnsucht nach ihm wuchs mit jedem Tage. Er hatte sich ihr immer noch nicht genähert: neulich nur einen flüchtigen Gruß für sie gehabt. War es da ein Wunder, daß bange Zweifel in ihr aufsteigen? Zweifel und Sorge, es könne alles nur schnell vergessene Laune sein. Ihr war's als stiegen Nebel vor ihr auf und hüllten alle Welt in tristes Grau.

Ihr Schlaf war unruhig. Sie träumte lebhaft. Stand mit Friedrich Selle auf dem Grashügel, der jenseits des Sees, nahe dem Walde sich erhob. Sie hielten sich beide umschlungen und sahen in die Welt hinaus, die lieblich im Frühlingsschmuck vor ihnen lag. Blumige Wiesen, maiengrüne Bäume, lachende Bläue im klaren See. Da kam eine Wolke am Himmelsrande herauf, eine dunkle, schwere Wolke. Höher stieg sie, breitete sich aus, verschlang all' die leuchtenden Frühlingsfarben, verschlang das blendende Sonnenlicht, strömte eisige Kälte aus, senkte sich tiefer und tiefer legte sich auf ihr Herz. Sie sah sich plötzlich allein, fühlte sich fast erdrückt von der Wolkenlast, versuchte es sie wegzuschieben, da hatte sie eine Butterstulle in der Hand.

Sie erwachte. Es war noch dunkel, scharf strich die Morgenluft über sie hin. Sie hatte das Fenster am Abend nicht geschlossen. Sie sprang auf um das Versäumte nachzuholen. Grau und neblich lagen Hof und Garten vor ihr. Aus dem Nebel hob sich schattenhaft die Marktfuhre heraus. Der Vater kam eben mit den Pferden aus dem Stalle, spannte sie selbst ein. Bald ratterte der Wagen aus dem Hofe. Der Vater fuhr allein, Silvio war nicht mit ihm. Warum sie das freute? Sie hätte keine Antwort darauf gehabt, aber ihr war's, als sei es plötzlich heller und freundlicher da draußen geworden. Sie schloß das Fenster und kleidete sich an, machte das Bett und räumte das Zimmer auf. Darüber erwachte der Tag. Eine Weile lag die Sonne im Kampfe mit den Nebeln, die sie immer wieder verdunkelten, ihre Wärme aufsogen, aber auf einmal war's als ob sich ein Vorhang wegschob, die Nebel flohen dem Walde zu, sanken überwunden zu Boden, mit blendendem Lichte kündete die Sonne ihren Sieg.

Noch nie war Lise Marie der Tag so lang erschienen wie heut. Unruhig ging sie hin und her, sah wohl ein dutzendmal nach der Uhr. Ihr Herz schlug heftig, und sie verhehlte es sich nicht, warum es so schmerzlich und doch auch wieder jauchzend schlug. Die Hoffnung, „ihn" auf ihrem Wege zu treffen, rang mit der Furcht, es könne auch anders sein. Ach, sie wollte zufrieden sein, wenn sie ihn nur sehen, nur einen Gruß von ihm erhalten würde! Gab es wohl auf Erden noch einen Menschen, der so heiß und innig liebte wie sie?

Mein Leben wollt' ich hingeben für ihn! Wie oft stieg der Gedanke in ihr auf, als höchster Ausdruck ihrer opferfähigen Liebe. So ging die Zeit in Pein für sie hin, immer von der Furcht begleitet, im letzten Augenblick könne sie an dem Gange behindert werden. Aber es kam nichts Störendes. Der Tag verblieb wie alle andern still und geräuschlos in Arbeit und Mühe. Endlich fielen die Schatten schräg über die Erde, die Stunde, die es erlaubte, nach Rehwiese zu gehen, war da. Mit hastigem Gruß verabschiedete sie sich von der Großmutter, nahm ihren Korb und ging.

Sie nahm den kürzeren Weg, am See vorbei durch den Wald. Er war nur bei trockenem oder frostigem Wetter gangbar, führte an das untere Ende des Dorfes, an dem die kleinen Häuser standen, die Wohnungen der Landlosen, der Häusler und Tagelöhner. Auguste wohnte hier. Das kleine Häuschen, das nur einen Raum umschloß, der Stube Küche und Kammer zugleich vertrat, lag wohl eine halbe Stunde fern von dem Selleschen Hofe, schon ganz am Rande der Flur.

Lise Marie übergab Auguste das Taufzeug und was ihr sonst noch zugedacht war, sah sich das Bübchen an, das erst zehn Tage alt war und noch mit unbewußten Sinnen lebte, plauderte ein wenig mit der jungen Mutter und ging als die Sonne wie ein glühender Ball über den Wiesen stand. Rosalie, der sie die Butter bringen wollte wohnte im Auszug, nahe dem Selleschen Hofe. Vor Abend hatte sie wenig Hoffnung den Friedrich zu treffen, denn es wurde überall geerntet. Sie ging langsam, als wollte sie damit das wild klopfende Herz zur Ruhe bringen. Schon von weitem grüßte der stattliche Hof mit dem neuerbauten Wohnhause, dem ersten, das eine Bresche geschlagen in den starren Stil bäuerlicher Bauart. Das Hoftor stand breit offen. Vom oberen Gemäuer hingen noch die Reste der Hochzeitskränze als dürre Ranken herab. Der Wind spielte mit den trockenen Zweigen, daß sie rasselten und klirrten.

Mit all seinen Schmerzen und Wonnen kam Lise Marie der festliche Tag zurück. Sie sah die reich geputzten Frauen und Mädchen vor sich, hörte die schmetternde Musik, die ihr Blut erregte und ihre Füße hüpfen ließ. Sie fühlte den Arm, der sie umschlungen und sie so sicher im Takt geführt hatte; selige Sekunden, die rasch vorüber zogen. Wie scharf sie auch herumblickte, sie sah keinen Menschen in dem weiten Hofe. Oede lag er, wie ausgestorben. Nichts regte sich hier als die Mücken, die über dem Dunghaufen tanzten. Selbst der Hofhund, der an der Kette lag, blieb unbeweglich. Er hatte den Kopf auf den Vorderpfoten ruhen und blinzelte Lise Marie zutraulich an. Ein paar Schwalben kreisten unter dem Himmel, sonst zeigte sich kein weiteres Leben. Das Vieh war offenbar noch auf der Weide.

Lise Marie zog fröstelnd die Schultern zusammen, die tiefe Einsamkeit rundum erdrückte sie fast. Sie warf noch einen Blick in den Hof, sah an dem stattlichen Wohnhause

Beheizung und Wasser nicht inbegriffen sind. Wegen dieser anderweit verbuchter Hauptausgaben, die durch die Badegebühren nicht zu decken waren, mußte die Gemeinde bei ihrer Finanznot im Dezember 1922 das Bad bedauerlicherweise ebenfalls schließen.

e) Friedhof.

Die Friedhofsgebühren brachten eine Einnahme von 184 821,— Mk. Dagegen entstanden an Ausgaben für Verzinsung und Tilgung 2 795,— Mk. Für Arbeitslöhne und Unterhaltung des Friedhofs 37 324,04 Mk.

zusammen: 40 119,04 Mk.

f) Straßenverwaltung.

Straßenpflasterungen fanden nicht statt. Auch die so notwendige Verbesserung schadhafter Pflasterstellen mußte zurückgestellt werden. Es wurden aufgewendet für die Unterhaltung der Straßen einschl. des Gehalts des Gemeindegärtners 770 994 37 Mk.
Straßenbeleuchtung 327 962,57 Mk.

zusammen: 1098 956,94 Mk.

Die Straßenbeleuchtung war aufs äußerste eingeschränkt, und nachdem die Gemeinde erkannt hatte, daß die Mittel für die Beleuchtung nicht mehr aufzubringen sind, erfolgte vom 15. 1. 1923 ihre gänzliche Einstellung.

5. Handel- und Marktverkehr.

Gegenüber dem vorjährigen Bericht sind keine Aenderungen eingetreten. Die Vorortlage Brockau bringt es mit sich, daß es nicht wie andere Orte gleicher Größe Zentrum eines Wirtschaftsgebietes werden kann. Diese Verhältnisse lassen vorläufig keine Besserung des Handelsverkehrs erhoffen.

Der Wochenmarktverkehr blieb sehr mäßig. Die Einnahmen aus dem Marktstandsgelde betrugen nur 822,75 Mk

6. Armenwesen, Wohlfahrtspflege.

a) In der öffentlichen Armenpflege sind gegen früher grundlegende Verschiebungen der Verhältnisse eingetreten Während bei der einseitigen Zusammensetzung der Brockauer Bevölkerung aus Eisenbahnbediensteten, die im Bedarfsfalle durch Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert waren in früheren Jahren eine Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege nur in Ausnahmefällen stattfand, hat jetzt die Not der Zeit die Armenlasten ganz erheblich weiter anschwellen lassen.

Es wurden aufgewendet:	Vorjahr	Berichtsjahr
für Armenunterstützung	62 277,96 Mk.	1119 327,65 Mk.
aus Armenfundationen	71,50 Mk.	71,50 Mk.
für Unterhaltung des Gemeindehauses	1 050,36 Mk.	96 662,48 Mk.
für sonstige Wohlfahrtspflege (an mildtätige Vereine, Volksbibliothek, Waisenrat usw.)	6 550 — Mk.	15 795,— Mk.
zusammen:	69 949,82 Mk.	1231 856,63 Mk.

b) Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenunterstützungen wurden gemäß der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. 11. 1921 gewährt unter Anlehnung an den in den Ministerialerlassen festgelegten Tarif. Nach der Verordnung konnten diejenigen Erwerbslosen, die familienrechtliche Unterstützungsansprüche haben, eine Erwerbslosenunterstützung nicht bekommen, auch wenn sie in Kriegsfolge erwerbslos geworden waren. Gibt daher die dann genannte Zahl der Unterstützten nicht die Zahl aller Erwerbslosen Brockaus an, so kann immerhin festgestellt werden, daß die Zahl der hiesigen Erwerbslosen auch im Berichtsjahr erfreulicherweise sehr gering blieb.

Es wurden unterstützt (gegen 57 im Vorjahre) 27 Erwerbslose mit zusammen 1 412 863,41 Mk. Hiervon erhielt die Gemeinde von Reich und Staat erstattet 1 169 052,42 Mk.

c) Sozialrentnerfürsorge.

Große Bedeutung gewann die durch das Gesetz vom 7. 12. 1921 den Gemeinden zugewiesene Fürsorge für die Sozialrentner. Die diesen Rentnern aus der Reichsversicherung zufließenden Renten wurden durch die Geldentwertung in Mitleidenschaft gezogen, daß Hilfe gebracht werden mußte.

In Brockau wurden für 52 Rentenempfänger an Unterstützung aufgewendet: 2 028 554,50 Mk. Erstattet wurden vom Reich und Staat (4/5) 1 659 904,80 Mk.

7. Presse.

Als heimische Zeitung erscheint die „Brockauer Zeitung", welche die amtlichen Bekanntmachungen zur Veröffentlichung gegen eine Jahrespauschale von 29 400,— Mk. erhielt.

---

* **[Das Einziehungsgeschäft]** macht sehr viel Schwierigkeiten. Das Abonnement ist im Voraus zu bezahlen. Das Datum ist auf der Quittung ersichtlich. Wenn der Bote 3 bis 4 mal mit der Quittung vergeblich da war, ist die Woche um und die neue Quittung ist einzulösen. Dann muß sich der Bote anhören „Sie waren ja gestern erst da, soll ich schon wieder Zeitungsgeld bezahlen". Das liegt an dem unordentlichen Bezahlen des Abonnements. Um jeden Aerger über das öftere Einlösen der Zeitungsquittungen zu vermeiden, gibt es für alle Teile einen einfachen Weg: Die Monatsquittung.

* **[Die Vereinspauschalen]** müssen bis morgen, Mittwoch, den 6. Februar bezahlt sein. Im Nichtfalle kommt dann nur noch zeilenmäßige Berechnung der Vereinsnotizen für den Rest des Quartals in Frage.

* **[Unser Roman „Fridericus"]** wird in der Donnerstag- und Sonntag-Beilage fortgesetzt.

* **[Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.]** Der Fürsorgestelle stehen zur verbilligten Abgabe an die Ostern zur Schulentlassung kommenden Kriegerwaisen Bekleidungsstücke in beschränkter Zahl zur Verfügung. Vorhanden sind: Schuhe, Kleider- und Anzugstoffe, Arbeitshosen, Arbeitskleidung (fertig oder Stoff), Hemden, Beinkleider, Strümpfe Stoffe zur Unterkleidung. Die Bezahlung des Kaufpreises soll durch Verrechnung auf die bis Ende März 1924 zu zahlenden Zusatzrenten erfolgen. Mütter, Vormünder oder Pfleger der zur Schulentlassung kommenden Kriegswaisen wird empfohlen, außer Dienstag und Donnerstag, von 8—1 Uhr im Zimmer 9 des Kreishauses in Breslau vorzusprechen.

* **[Herabsetzung der Kohlenpreise.]** Auf Grund von Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium tritt für die Kohlenreviere des unbesetzten Gebietes von gestern, Montag, den 4. Februar ab, eine Preisermäßigung ein. Die Netto-Durchschnittspreise für oberschlesische Kohle sowie für niederschlesische und sächsische werden auf 120 Prozent der Friedenspreise gesenkt.

* **[Turnverein Friesen.]** Die nächste Vorturnerstunde findet Donnerstag, den 7. Februar, 7½ Uhr, statt. — Sonntag, den 10. Februar, Kreisübungsstunde für Frauen in der Turnhalle des T. V. Vorwärts unter Leitung des Kreisfrauenturnwarts Kreuschner. Beginn pünktlich 10 Uhr. — Mittwoch, den 13. Februar, 7½ Uhr Monatsversammlung bei Hielscher. Gäste sind stets willkommen.

* **[Erster Brockauer Kraftsport-Verein „Siegfried" 1914.]** Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder wird wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung bestimmt erwartet.

* **[S. C. „Sturm 1916" Brockau.]** Donnerstag, den 7 Februar, abends 7½ Uhr findet im Vereinslokal eine Vorstandssitzung statt. Zu derselben wird hiermit der gesamte augenblicklich amtierende Vorstand, sowie die Spielführer der Senioren, Mannschaften und die Mitglieder-Vertreter eingeladen und aufgefordert, bestimmt zu erscheinen. Freitag, den 8. Februar, abends 7½ Uhr tagt die erneut einberufene Generalversammlung. — Einladungen zu derselben sind schriftlich und durch die „Brockauer Zeitung" rechtzeitig erfolgt, sodaß ein unentschuldigtes Fernbleiben auf alle Fälle (laut § 15) streng bestraft wird Anträge, welche zur Generalversammlung eingelaufen sind, werden am Tage selbst bekanntgegeben. Nicht erscheinende Mitglieder haben sich den gefaßten Beschlüssen zu fügen.

* **[Stenographen-Verein Stolze-Schrey Brockan.]** Die fällige Generalversammlung kann wegen den noch erforderlichen umfangreichen Vorarbeiten erst am 20. d. Mts., abends 7½ Uhr stattfinden. Auf Sonnabend, den 16. d. Mts., ist eine Vorstandssitzung im Vereinslokal anberaumt.

* **[Brockauer Mieterschutzverein e. V.]** Am Donnerstag, den 6. Januar findet die Versammlung des Vorstandes und der Hausvertrauensmänner um 7 Uhr bei Hielscher statt. — Die Generalversammlung findet am Sonntag, vormittags 10 Uhr bei Hielscher statt. Näheres in der Donnerstag-Zeitung.

* **[Kriegsverletzten-Vereinigung, Ortsgruppe Brockau.]** Mittwoch, den 6. 2. findet bei Kamrad Hielscher im kleinen Saale abends 7 Uhr die fällige Monatsversammlung statt. 6 Uhr erweiterte Vorstandsitzung. Vollzähliges Erscheinen Ehrensache. Nichtanwesende haben sich den Beschlüssen zu fügen.

* **Verein ehem. Kavalleristen.]** Dienstag, den 5. Februar, findet die fällige Monatsversammlung mit Damen in der Laune statt. Der wichtigen Tagesordnung halber (1. Beitritt in den Kreiskriegerverband 2. Vereinsabzeichen und Verschiedenes) ist es Pflicht eines Jeden zu erscheinen.

* **[Evangelischer Jungmänner-Bund.]** Dienstag, den 5. Februar, abends 7 Uhr findet die Übungsstunde unseres Orchesters im Kirchenanbau statt. — Mittwoch, den 6. Februar, abends 7½ Uhr findet der erste Leseabend in der Diakonissenstation statt. Alle diejenigen Mitglieder, welche bei diesem Theaterstück mitspielen, werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. — Donnerstag, den 7. Februar, Jungtagstunde in der Diakonissenstation. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. — Auch weisen wir schon auf die am Sonnabend, den 9. Februar stattfindende Monatsversammlung hin. — Vereinsmitglieder, welche mit ihren Beiträgen schon monatelang im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben in der Versammlung, am 9. Februar bei Herr Stache abzuführen, andernfalls eine Hauskassierung stattfinden muß. (Beitrag pro Monat 0.20 Mark.)

Nah und Fern.

○ **Schluß bei Bauer.** Das in ganz Deutschland und weit darüber hinaus bekannte Café Bauer in Berlin hat am 31. Januar seine Pforten an der „historischen" Ecke der Straße Unter den Linden geschlossen und ist — wie es heißt, „nur provisorisch" -- nach sehr kleinen Räumen im Zentralhotel, gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße, übergesiedelt. Dieses neue Café Bauer mutet an wie eine etwas groß geratene Bar. Über den verlassenen Räumen an der Lindenecke aber prangt bereits ein Riesenplakat, das die unmittelbar bevorstehende Eröffnung eines anderen Kaffeehauses und Hotels ankündigt. Es werden also letzten Endes nur die Namen wechseln, während der Kaffeeverkehr hüben wie drüben sich gleich bleibt.

○ **Der Wiederaufbau der Feste Koburg ist jetzt nach** 15jähriger Bautätigkeit unter der Oberleitung von Professor Bodo Ebhardt vollendet worden. Während früher das Reich große Mittel für den Umbau aufwandte, hat seit dem Anschluß Koburgs an Bayern die bayerische Regierung reiche Mittel bereitgestellt.

○ **Raubüberfall auf ein Postamt.** Wie aus Lauenburg berichtet wird, drangen in Hebrondammitz bei Stolp zwölf maskierte, mit Armeerevolvern ausgerüstete Räuber in das Postamt ein, riefen „Hände hoch!" und zwangen die Beamten zur Herausgabe der Schlüssel. Dann raubten sie etwa viertausend Mark und Briefmarken, drängten die Beamten und die anwesenden Ortseinwohner in den vergitterten Vorraum, durchschnitten die Telephonleitungen und suchten das Weite. Sie wurden später von Landjägern und Beamten der Schupo entdeckt und ergaben sich nach längerem Kampfe. Vier von ihnen wurden durch Schüsse schwerverletzt; einer starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Die Räuber sind sämtlich Familienväter aus Berlin.

Tagesdienst.

Neueste Drahtnachrichten.

Ein Goldbankplan der Sachverständigen.

Berlin, 3. Februar. Der Zweite Unterausschuß des Komitees Dawes hat dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht einen eigenen Plan des Ausschusses über eine Goldnotenbank vorgelegt. Es handelt sich um einen Gegenvorschlag für den von Dr. Schacht entworfenen Plan der deutschen Goldnotenbank. Dr. Schacht wird den Plan prüfen und seine Stellungnahme dazu den Sachverständigen mitteilen.

Die Urlaubskürzung für die Beamten.

Berlin, 3. Februar. Zu der halbamtlich verbreiteten Nachricht, daß der Erholungsurlaub der Beamten für 1924 gleichmäßig um 7 Tage gekürzt werden solle, wird jetzt mitgeteilt, daß das Reichskabinett zunächst den Reichsminister des Innern beauftragt hat, mit den Beamten-Spitzenorganisationen und den Vertretern der Landesregierungen über die Regelung des Urlaubs für 1924 auf dieser Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Erst wenn das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Reichskabinett vorliegt, wird dieses über die Kürzung des Urlaubs endgültig entscheiden.

Herabsetzung der Kohlenpreise.

Berlin, 3. Februar. Die Nachricht, daß vom 15. Februar ab eine allgemeine Herabsetzung der Kohlenpreise des unbesetzten und besetzten Gebietes in Verbindung mit einer Frachtermäßigung eintreten werde, wird amtlich für unzutreffend erklärt. Auf Grund von Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsminister tritt vielmehr für die Kohlenreviere des unbesetzten Gebietes von morgen ab eine Preisermäßigung in folgendem Rahmen ein: Die Rohbraunkohle der mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenreviere wird um rund 15 Prozent im Preise gesenkt, während eine Preisherabsetzung für Brikett zunächst nicht eintritt. Die Netto-Durchschnittspreise für oberschlesische Kohlen werden auf rund 120 Prozent der Friedenspreise, diejenigen für Niederschlesien und Sachsen auf 122 Prozent der Friedenspreise gesenkt.

Falsche Reichsbanknoten über 2 Billionen Mark.

Berlin, 3. Februar. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 2 Billionen Mark mit dem Datum des 5. November 1923 sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung des Wasserzeichens unschwer zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt.

Gegen die grüne und für die blaue Polizei.

Paris, 3. Februar. Havas stellt die Nachricht richtig, daß voraussichtlich im Laufe dieses Monats die ausgewiesenen Beamten der grünen Polizei zum großen Teil ihre Tätigkeit im Ruhrgebiet wieder aufnehmen würden. Die Besetzungsbehörden beabsichtigten nicht, die Rückkehr der grünen Polizei ins Ruhrgebiet zu gestatten, sähen jedoch die Notwendigkeit ein, die städtische (blaue) Polizei zu verstärken, und hätten deshalb genehmigt, daß die aus dem Ruhrgebiet ausgewiesenen ehemaligen Schupobeamten, soweit sie im Rheinlande und in Westfalen gebürtig seien, in die blaue Polizei eingestellt würden.

Frankreich billigt Hoeschs Ernennung.

Paris, 3. Februar. Die französische Regierung hat, wie verlautet, gestern das Agrement zur Ernennung des Geschäftsträgers Dr. von Hoesch zum deutschen Botschafter in Paris erteilt.

Spanien nimmt den Tanger-Vertrag an.

Paris, 3. Februar. Das französische Ministerium des Äußern teilt mit, daß Spanien beschlossen habe, die Vereinbarung über Tanger nunmehr zu unterzeichnen. Es ist der französischen Regierung gelungen, Spanien zum Verzicht auf die territorialen Forderungen, von denen die Madrider Regierung ihre Zustimmung abhängig gemacht hatte, zu bewegen.

Auch Italien erkennt die Sowjets an.

Rom, 3. Februar. Nach Meldungen aus diplomatischen Kreisen ist der endgültige Text des Protokolls über den italienisch-russischen Handelsvertrag bereits festgestellt. Die Unterzeichnung des Vertrages wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Der Vertrag enthält sechs Punkte: die wichtigste Bestimmung betrifft eine erhebliche Herabsetzung der russischen Zollsätze zugunsten der italienischen Waren.

---

entlang nach dem Hausgarten, auch dort regte sich nichts. Da ging sie vorbei, ärmer als sie gekommen war. Wie müde ging sie heim, wie dunkel schien ihr die Welt, wie unglücklich fühlte sie sich. — Das grelle Rot der Abendsonne tat ihr weh, das jauchzende Lachen spielender Kinder klang mißtönig in ihr Ohr. Langsam ging sie den Weg, der an Feldern und Wiesen vorbei zur Straße führte, die nach Gendikow ging. Sie sah oft zurück nach dem verödeten Hofe. Die Abendlichter spielten in den blanken Fensterscheiben, der Hof blieb einsam.

Sie hoffte nicht mehr, ging langsam weiter, traurig, mit gesenktem Kopf. Sie achtete gar nicht der fröhlichen Ernte, die überall im Gange war. Kartoffelernte. Hoch türmten sich die runden Früchte auf frischer Ackerscholle. Der scharfe Geruch der Herbstfeuer zog über die Felder, Kinder quietschten und schrien ihre Daseinslust in den glutenden Abend.

Die Straße war belebt von ratternden Wagen. Lange Züge von Torffuhren kamen Staub aufwirbelnd, daher; Erntewagen, hoch beladen mit Kartoffelsäcken, zogen heimwärts. Das Gespann eines Rittergutsbesitzers fuhr im scharfen Trabe an ihr vorüber. Bunte Schleier wehten, blanke Geschirre bitzten, dann wieder das langsame Rattern der Bauernwagen, das Schreien heimziehenden Viehes, das Schnattern der Gänse, das Knallen der Hirtenpeitschen.

Herbstleben, bunt und farbig, laut und fröhlich, durchtränkt von milder Abendluft. Lise Marie hatte keinen Sinn dafür. Langsam und zögernd ging sie ihren Weg, kämpfte mühsam die Enttäuschung nieder, hatte keine Waffe gegen die gewaltige Sehnsucht, die sie durchlohete. Wenn er jetzt so vor mir stände, mit seinen guten Augen in die meinen blickte. . . Der Gedanke trieb ihr das Blut in die Wangen.

Wie sie so kopfhängerisch weiter schritt, hörte sie sich auf einmal anrufen:

„Lischen . . . und wieder: Liseken . . ."

Wie elektrisiert hob sie den Kopf. Diese Stimme . . . unter hunderten würde sie sie erkennen. Sie blickte hinüber auf die Felder, die sich rechts vom Wege hinzogen, sah erst nichts als kribbelnde Menschen zwischen Bergen von Kartoffeln, sah Männer und Frauen verschwitzt und verstaubt bei der Arbeit. Es flimmerte blau, rot, weiß vor ihren Augen, dann klärte sich alles zum harmonischen Bilde Die Menschen gliederten sich, aus allen heraus trat einer in ihren Blick. Unter den Knechten stand er, hemdärmelig wie sie. Der Abendwind ließ sein blondes, krauses Haar aufflattern, blähete das Leinenhemd, das die breite Brust frei ließ.

Er stand neben dem unbespannten Wagen, der hoch befrachtet war. Während er beim Aufladen half, hatte er die Lise Marie gesehen und gerufen. Jetzt sprang er mit großen Schritten über das Feld. Wie er war, ohne Rock und Weste, mit offener Brust, verschwitzt von der Arbeit und der Glühsonne des warmen Tages, stand er vor ihr; er lachte sie aus, als er ihre verlegene Miene sah:

„Ja, Lischen, Bauer bleibt Bauer . . . in Samt und Seide kann keiner säen oder ernten. Mußt mich schon nehmen wie ich bin — als ersten Knecht vom Hofe."

Es lag ein gut Teil Mannesbewußtsein in Blick und Wort: Ich bleib' wie ich bin, und du mußt mit mir so zufrieden sein.

Lise Marie fielen ein paar Worte ein, die die Marie Selle an ihrem Hochzeitstage zu ihr gesprochen, als jemand das herrische Wesen ihres jungen Ehemannes tadelte:

„Er sind nicht die schlechtesten Männer, die ihre herrschende Stellung herauskehren; sie sind ein guter Schutz für uns Frauen."

Hatte sie recht, die Marie? Forschend hob Lise Marie den Blick zu Friedrich auf. Aus seinen blauen Augen strahlte ihr so viel Güte entgegen, daß sie getrost ihre Hand in die seine legte. Er hielt sie, ging mit ihr am Rande des Weges hin. Sie sprachen nichts. Lise Marie zitterte ein wenig, neben der jauchzenden Freude schlich die Furcht durch ihre Seele: Die Selle, was die wohl sagen wird! Die Knechte und Mägde werden ihr es sicher erzählen. Sie guckten alle so neugierig zu ihr hinüber.

Fortsetzung folgt.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Lohnregelung für den Stein- und Braunkohlenbergbau.) Die Tarifparteien der Stein- und Braunkohlengebiete Oberschlesien, Sachsen, Niedersachsen und Mitteldeutschland haben durch eine im Reichsarbeitsministerium getroffene Vereinbarung die Löhne der Bergarbeiter bis etwa Mitte Februar auf den gleichen Betrag festgesetzt, der bis zum 31. Januar gegolten hatte.

Elberfeld. (Beendeter Transportarbeiterstreik.) Der Streik der Transportarbeiter im Wuppertal ist damit beendet, daß die 48-Stunden-Woche bestehen bleibt. Mehrarbeit wird nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen geleistet.

Köln. (Aufgabe des Metallarbeiterstreiks im Westen.) Eine Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Gebiet der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller nahm eine Entschließung an, wonach der jetzige Streik wegen der Arbeitszeit aufzuheben ist. Die Konferenz beschließt, zu gegebener Zeit den Kampf um den Achtstundentag erneut aufzunehmen. Den Düsseldorfer Kollegen, die den Widerstand weiter fortsetzen, wird weitgehende moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert."

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Lebensmittelpreise in Berlin.** In der Berliner Zentralmarkthalle ist Schweinefleisch billiger geworden; der Pfundpreis beträgt 0,85 bis 1 Mark gegen 0,90 bis 1,10 am Vortage. Die übrigen Fleischsorten sind unverändert. Dasselbe gilt auch von Haar- und Federwild, Butter, Margarine und sonstigen Fetten, von welchen lediglich amerikanisches Blockschmalz etwas nachgegeben hat: das Pfund kostet 0,68 bis 0,70 Mark. Reichhaltig und wohlfeil sind frische Fluß- und Seefische zu haben. Wurst, Käse sowie Kolonialwaren zeigen keine wesentlichen Preisunterschiede.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein gerichtliches Nachspiel zur Flucht Ehrhardts.** Die Flucht des Kapitänleutnants Ehrhardt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis (am 13. Juli v. J.) hatte jetzt ein Nachspiel vor dem Leipziger Schöffengericht. Unter der Anklage der Begünstigung hatte sich der verantwortliche Schriftleiter der Leipziger Neuesten Nachrichten, Dr. Arno Günther, zu verantworten. Er hatte in einem Artikel des Blattes mitgeteilt, daß die Wohnung eines der Helfershelfer Ehrhardts polizeilich bewacht werde. Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung.

§ **Spione vor dem Reichsgericht.** Vor dem Reichsgericht hatten sich die Filmschauspielerin Alwine Brusis und einer ihrer vielen Freunde, der Student der Chemie Heinz M., der aus begüterter rheinischer Familie stammt, wegen Spionage zu verantworten. Die Schauspielerin, über deren Nationalität nichts Bestimmtes mitgeteilt wurde, so daß man nicht erfuhr, ob sie Französin oder Deutsche ist, hatte Heinz M. und den Studenten der Medizin P. in Bonn kennengelernt und war zu den beiden jungen Leuten in Beziehungen getreten, außerdem unterhielt sie Beziehungen zu hohen französischen Offizieren und Diplomaten. Sie stand im Dienste Frankreichs und verleitete die beiden Studenten, mit denen sie größere Reisen machte, für die Franzosen Spionagedienste zu leisten. Der Mediziner P. wurde wegen dieses Verbrechens schon vor längerer Zeit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, und stand diesmal nur als Zeuge vor den Richtern. Der Chemiker wurde von Frankreich fest besoldet, und zwar mit 1000 Dollar pro Monat. Die Brusis und ihre Liebhaber hätten wahrscheinlich noch lange zum Schaden Deutschlands gearbeitet, wenn nicht durch Zufall ein Tagebuch der Filmdiva in die Hände des deutschen Spionageabwehrdienstes gefallen wäre: das Tagebuch enthielt nämlich genaue Eintragungen über die Liebes- und Spionageabenteuer der Brusis. Das Reichsgericht verurteilte die Verführerin zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust, und den von ihr verführten Studenten der Chemie zu sechs Jahren Zuchthaus.

§ **Schwere Strafen wegen eines Angriffs auf Jungsturmleute.** Die Strafkammer in Kassel verhängte nach zweitägiger Verhandlung gegen 14 Einwohner von Wolfhagen, die am 22. und 23. September v. J. Jungsturmleute angegriffen und verprügelt hatten, Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu drei Jahren. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Anklage erfolgte wegen Aufruhrs, Aufreizung zum Klassenhaß, Straßenraubes, Körperverletzung usw.

§ **Zwei Todesurteile.** Unter großem Andrang der Bevölkerung wurde in zweitägiger Verhandlung vor dem Volksgericht in Traunstein gegen die Großbäuerin Anna Schwangler aus Pirach und ihren Geliebten Alois Pugler, dessen Bruder Bartholomäus Pugler und deren Stiefmutter Margarete Pugler verhandelt. Anna Schwangler unterhielt mit Alois Pugler hinter dem Rücken ihres 39jährigen Ehemannes ein Liebesverhältnis und stiftete nach der Anklage beide Brüder an, ihren Mann zu ermorden und ihn in den Waginger See zu werfen. Am 9. September vorigen Jahres lockte Frau Schwangler ihren Mann in den Wald, wo verabredungsgemäß die beiden Brüder den Ehemann überfielen und durch drei Schüsse niederstreckten. Frau Schwangler raubte ihrem in den letzten Zügen liegenden Mann noch die Brieftasche. Die beiden Brüder packten die Leiche in eine Zeltbahn, trugen den Toten nach dem zwei Kilometer weit entfernt liegenden See und versenkten dort den Leichnam. Unter dem erdrückenden Beweismaterial war die Angeklagte im allgemeinen geständig. Anna Schwangler und Alois Pugler wurden schließlich zum Tode verurteilt. Gegen Bartholomäus Pugler wurde auf drei Jahre Zuchthaus und gegen die Stiefmutter auf acht Jahre Zuchthaus erkannt.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Ein Sieg Breitensträters.** In Bremen fand ein Boxkampf des deutschen Schwergewichtsmeisters Hans Breitensträter gegen den Ungarn Batoly statt. Batoly wurde in der vierten Runde für kampfunfähig erklärt.

Vermischtes.

= **Männer erster, zweiter und dritter Klasse.** Es handelt sich hier nicht um die Einreihung der Männer in Eisenbahnwaggons, sondern um die Sortierung aller für die Frauenwelt in Betracht kommenden Geschöpfe männlichen Geschlechts. Diese Sortierung nach Klassen hat die englische Romanschriftstellerin Glyn in einem in Boston gehaltenen Vortrage vorgenommen. Die von ihr herausgeschälten drei Männergruppen sehen so aus: Klasse 1 Streber, die nur Karriere machen oder Geld verdienen wollen, und Liebhaber, Ehemänner oder Väter sozusagen nur im Nebenberuf sind. Klasse 2 Frauenverehrer und geborene Liebhaber. Klasse 3 geborene Familienväter. Welche Klasse von den Frauen bevorzugt wird, braucht wohl kaum erst gesagt zu werden: nämlich die Klasse A. Diese glückliche Klasse gewinnt in dem Rennen um die Gunst des weiblichen Geschlechts mit mehreren Längen gegen die Klasse B, mit der man nur flirtet, und erst recht gegen die Klasse C, die unter den Pantoffel gebracht wird und einfach zu kuschen hat.

Lobe-Theater.
Dienstag bis Freitag 7½ Uhr:
„König Lear".

Thalia-Theater.
Dienstag und folgende Tage 7½ Uhr:
„Jedermann".
Sonnabend zum 1. Male u. folg. Tage 7½ Uhr:
„Der Sprung in die Ehe".

Schauspielhaus.
Dienstag und folgende Tage 7½ Uhr:
„Mädi".

Liebich-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Carl Bernhard
Humorist.
7 Kaytons
Die unerreichten Ikarier.
Zum 1. Male in Deutschland
Taft
Der dänische Illusionist.
Jainczik-Duo
Kunstproduktionen auf der Original-Bühneneisbahn.
Baronesse Kemeny und Lieskowky
von der Budapester Staatsoper in ihren Tänzen.
A. W. Repp — Der König der komisch. Jongleure
Rich. Nadragé jun. mit seinen Puppen.
Norman Telma — Der exzentrische Billardspieler.
4 Ossnots in ihrer Neuheit „Großstadtleben".
Amados — Diabolo-Spiele.
Panita — Die Meisterin der Flöte.
Gert und Gräfe
„Alles drunter und drüber".

Schauburg
Viktoria-Theater.
Neue Taschenstrasse 30/33.
Täglich abends 8 Uhr
Gastspiel
Blatzheim und Papa Will
in der Schwank-Operette
Nero
Musik von Otto Petersen | Text von L. Habit

Künstliche Zähne
Sprechstunden täglich von 10—8 Uhr.
Theodor Schade, Bahnhofstr. 7 ptr.

Die Meggendorfer-Blätter
sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie
Vierteljährl. 13 Nummern M.
beim Postamt oder vom Verlag.
Die einzelne Nummer kostet M.
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen weitere 60 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

Möbl. Zimmer
per bald, 15. Februar oder 1. März gesucht. Off. unt. 832 an d. Exp. der Ztg.

Einen
Hausmeister
gesucht eventuell mit Wohnungübernahme.
Off. unt. 38 an die Ztg.

RINO-SALBE
bewährt und empfohlen bei
FLECHTEN
HAUTAUSSCHLÄGEN
KRAMPFADERGESCHW.
FROSTSCHADEN / ALTE WUNDEN
RICH. SCHUBERT u. CO. G. m. b. H.
WEINBÖHLA - DRESDEN
zu haben in den Apotheken

Gelegenheitskauf
Wichtig
f. Brautpaare

Schrank	60
Vertiko	50
2 Bettst. m. Mtr.	100
1 Tisch	25
2 Stühle	10
Kücheneinricht.	95
Sa.	340

Teilzahlung gestattet.
Giesel, Breslau,
Brüderstrasse 23.

Spielkarten
in bester Ausführung
hält vorrätig
Buchhdlg. Dodeck

Schreibmaschine
„GEOMA" die ideale Kleinschreibmaschine für alle Zwecke!
D. R. G. M. — D. R. a.
Vielfach erprobtes, neuestes Modell, sichtbare Schrift, auswechselbares Typensystem, leichteste Handhabung.
Einführungspreis einschl. Verschlußkasten 20 Goldmark.
Photo-Apparat
„Geoma"-Klappkamera für Platten 6½×9 cm mit Metallkassetten
D.R.G.M. — D.R.a.
Hervorragend elegante u. stabile Ausführung. Zeit- u. Momentverschluß, prima Optik! — Die wirklich brauchbare und billige Klappkamera für den Amateur und Liebhaberphotographen.
Einführungspreis einschl. Etui 5 Goldmark
Opernglas
gute Ausführung mit vorzüglicher Optik!
Geeignet für Theater, Reise usw.
Einführungspreis einschl. echtem Lederetui 3 Goldmark.
Versandbedingungen:
Bei Voreinsendung des Betrages auf unser Postscheckkonto Nr. 5853 Amt Stuttgart erfolgt der Versand verpackungs- und portofrei! Wird Nachnahmesendung gewünscht, so müssen wir die entstehenden Kosten in Anrechnung bringen. Schriftproben sowie Abbildungen von der Schreibmaschine versenden wir auf Wunsch gerne kostenlos!
Großabnehmer an allen Plätzen gesucht!
„GEOMA"
G.m.b.H., Gesellschaft f. Optik u. Mechanik
Stuttgart, Gutenbergstrasse 132.

Seelig's kand. Kornkaffee
das tausendfach bewährte, altbekannte Produkt ist wieder überall zu haben.
Emil Seelig A.-G., Kornkaffee-Fabriken,
Heilbronn a. Neckar.

Pfarramtliche Nachrichten.
Katholischer Gottesdienst in Brockau.
Wochentags ¾7 und ¼8 hl. Messe.

Freie evangelische Gemeinde Brockau
(Güntherstraße 21)
Donnerstag, den 7. Februar
Nachm. 4 Uhr: Religionsunterricht.
Abends 7 Uhr: Bibel- u. Gebetsstunde
Prediger Kuwatsch

Nachruf!

Am 1. Februar starb in Saegen, Kreis Brieg, der frühere Gutsbesitzer Herr

Wilhelm Staroste.

Er war in schwerer Zeit der unerschrockene Vorsitzende unserer Ortsgruppe, bis ihn zunehmende Gebrechlichkeit zwang, die Leitung anderen Händen zu überlassen, ein biederer, treudeutscher Mann, erfüllt von glühender Liebe zum Vaterlande, dem die Ortsgruppe ein ehrendes Andenken bewahren wird

Brockau, den 4. Februar 1924

Der Vorstand der Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei.
H. Kroh.

Wohnungswesen.

Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt über Verlängerung von auf Grund des Wohnungsmangelsgesetzes erlassenen Anordnungen vom 11. Januar 1924.

Um alle Zweifel über die Geltungsdauer der von den Gemeindebehörden erlassenen Anordnungen, betreffend den Mieterschutz und die Bekämpfung des Wohnungsmangels, zu beheben, ordne ich auf Grund der §§ 1 und 6 des Wohnungsmangelsgesetzes vom 26 Juli 1923 in Verbindung mit § 50 des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers für den Umfang des Preußischen Staates an, daß, vorbehaltlich von Aenderungen, sämtliche auf Grund der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 in der Fassung der Reichsgesetze vom 11. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 949), vom 11. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 933) und vom 28. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 529) erlassenen Anordnungen, insbesondere auch die auf einen Endtermin befristeten, soweit sie nicht den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 und des Mieterschutzgesetzes vom 1. Juni 1923 entgegenstehen, bis auf weiteres in Kraft bleiben.

Berlin, den 11. Januar 1924.
Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt.
Hirtsiefer.

Ich gebe dies hier öffentlich bekannt.
Brockau, den 28. Januar 1924.
Der Gemeindevorsteher.
Dr. Pause.